



Frau Bundesministerin
Julia Klöckner
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Wilhelmstr. 54
10117 Berlin

Datum 10. März 2021

Nationale Umsetzung der GAP ab 2023

Entwurf des GAP-Direktzahlungen-Gesetzes vom 4. März 2021

Anlage:

Beschluss zur ELER-Mittelverteilung ab 2023

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

vielen Dank für die Vorlage der drei Gesetzesentwürfe zur Umsetzung der GAP ab 2023 in Deutschland und der Beteiligung der Länder an dem Gesetzgebungsverfahren.

Auf unserer Konferenz am Mittwoch den 10. März 2021 haben wir Agrarministerinnen und Agrarminister der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen folgende gemeinsame Position zur nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab dem Jahr 2023 beschlossen.

Wir möchten Sie bitten, diese Stellungnahme als Positionen unserer Länder zur Umsetzung der GAP in Deutschland im Gesetzgebungsprozess zu berücksichtigen.

Zur Erreichung eines höheren Ambitionsniveaus bei Umwelt-, Klima- und Tierschutz der Gemeinsamen Agrarpolitik betrachten wir das Budget für Öko-Regelungen und die Umschichtung von Direktzahlungen zur Stärkung der 2. Säule als miteinander zusammenhängend und besonders wichtig.

Hierzu wollen wir das Budget für die Öko-Regelungen auf 20 % der Direktzahlungen festlegen. Die Umschichtung von Direktzahlungen in die 2. Säule soll im Jahr 2023 bei 8 % starten und in einem steigenden Korridor mindestens 10 % in 2027 erreichen.

Sollte im Trilog ein höheres Budget (ab 25 %) für die Öko-Regelungen verpflichtend festgesetzt werden, ist zu prüfen, inwieweit Teile von Leistungen der 2. Säule auf die Öko-Regelungen angerechnet oder Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen der 2. Säule als Öko-Regelungen in die 1. Säule verschoben werden können, um eine Ausschöpfung des Budgets für Öko-Regelungen und insgesamt betrachtet ein entsprechend hohes Umweltambitionsniveau gewährleisten zu können.

Nach einer Lernphase in den Jahren 2023 und 2024 ist eine Überprüfung dieser Annahmen und gegebenenfalls eine Anpassung vorzunehmen, um sicherzustellen, dass das angestrebte hohe Umweltambitionsniveau der GAP erreicht wird. Dabei ist auf die laufenden Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen der Länder in der 2. Säule Rücksicht zu nehmen.

Zur Unterstützung der kleinen und mittleren Betriebe ist es notwendig, dass 12 % der Direktzahlungen als gestaffelte Förderung für die Umverteilung auf erste Hektare bereitgestellt werden. Dafür soll auf Ober- und Untergrenzen bei der Umverteilung sowie auf Kappung und Degression der Basisprämie verzichtet werden.

Eine Regelung zu verbundenen Unternehmen wird von uns nicht weiter verfolgt. Die bestehenden Regelungen reichen aus.

Zur Unterstützung der Schaf- und Ziegenhalter sowie der reinen Mutterkuhhalter (ohne eine weitere Milchviehhaltung im Betrieb) sollen 1,5 % der Direktzahlungen für eine gekoppelte Tierprämie bereitgestellt werden, bei einer Zielgröße von 30 € / Mutterschaf und Ziege sowie 60 € / Mutterkuh.

Wir haben auch ein Einvernehmen erreicht zur ELER-Mittelverteilung ab 2023, den Beschluss zur ELER-Mittelverteilung ab dem Jahr 2023 können Sie der Anlage entnehmen.

Die dargestellten Positionen stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Entscheidungen im Trilog sowie einstimmiger Entscheidungen im Rahmen der Agrarministerkonferenz.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Herrn Minister
Peter Hauk MdL

Ministerium für Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz, Baden-Württemberg

Frau Staatsministerin
Michaela Kaniber

Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Herrn Minister
Dr. Till Backhaus MdL

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt
Mecklenburg-Vorpommern



Frau Ministerin
Barbara Otte-Kinast

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Frau Ministerin
Ursula Heinen-Esser

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur-
und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-
Westfalen

Herrn Staatsminister
Dr. Volker Wissing

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau, Rheinland-Pfalz

Herrn Minister
Reinhold Jost

Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
des Saarlandes

Herr Minister
Prof. Dr. Benjamin-
Immanuel Hoff

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und
Landwirtschaft